

Initiative »Wir sind Deutschland – Volksgesetzgebung jetzt« I. M. C.

c/o Internationales Kulturzentrum Achberg e. V. 88147 Achberg ☎ 08380-98228 📠 –675
<mailto:wirsinddeutschland@kulturzentrum-achberg.de> ★ www.wirsinddeutschland.org/

An die Bundeskanzlerin der
Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
11012 Berlin, Willy Brandt-Str. 1

Achberg, 9. Dezember 2005

Betr.: Unser Schreiben vom 27. November 2005

Ihre Antwort 132-K-209 346/05/001 vom 7. 12.2005 durch C. Polzin (Frau/Herr?)

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel!

Sie haben uns nicht persönlich geantwortet, was wir aufgrund der Bedeutung des Ihnen mitgeteilten Anliegens eigentlich nicht erwartet hatten. Gleichwohl sind Sie natürlich politisch verantwortlich für das, was uns eine Frau oder ein Herr C. Polzin aus dem Kanzleramt auf unser Schreiben vom 27. November mittgeteilt hat.

I. Diese Antwort ist u. a. ein klassisches Beispiel für die vollständige Ignoranz Ihres Hauses, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, gegenüber dem, was Sie in Ihrer Regierungserklärung kritisiert haben, als Sie dazu aufforderten, »auf die eingeübten Rituale, auf die reflexhaften Aufschreie zu verzichten, wenn jemand etwas ändern« wolle.

Gut, wir können verstehen, wenn Sie, wie es in der Antwort heißt, »nicht in jedem Fall« persönlich antworten können. Doch sollten in Ihrem Amt nicht Leute sein, die Ihre Post nach dem Gewicht der Sache sortieren? Wären wir ein mächtiger Verband, hätten Sie mit Sicherheit persönlich geantwortet. Wobei wir keinerlei Wert legen auf »blitzartiges« Reagieren. Wenn Sie sich nicht mindestens ein paar Stunden Zeit nehmen, die Unterlagen, die wir Ihnen geschickt haben zu studieren, ist es – bei aller Intelligenz, die wir nicht in Zweifel ziehen – ausgeschlossen zu verstehen, was die Begründung unseres Anliegens ist.

Nun zu den Mitteilungen desjenigen Menschen [C. Polzin], welcher uns mit ein paar Zeilen, mit denen er wohl meinte, sich zur Sache zu äußern, geantwortet hat.

Er behauptet, unsere »Ausführungen« seien dort »mit Interesse aufgenommen worden.« Was dann aber folgt beweist, dass das lediglich eine Floskel ist und von einem Interesse – inter-esse – gegenüber dem, was wir Ihnen haben zukommen lassen, bei C. Polzin nicht die Rede sein kann. Die Antwort ist vielmehr eine Provokation, ein typisches Beispiel dafür, wie es heute im Raum der Politik keinerlei auch nur zivilisierten Respekt vor Darlegungen aus der Mitte des Volkes mehr zu geben scheint.

II. Wir hatten in unserem Brief vom 27. November aus Ihrer Rede zur »Wir-Gesellschaft« von 2000 und entsprechenden Äußerungen vom Sommer 2005 die Aufgabe herausgearbeitet, in der Rechtsordnung der BRD die Souveränität zu konstituieren, weil dies nach dem bisherigen Entwicklungsstand des Grundgesetzes historisch noch aussteht. Dazu haben wir mit einer »Öffentlichen Petition« die Kernpunkte für eine verfassungsrechtliche Ausgestaltung dessen – mit einer umfassenden Begründung – vorgeschlagen und verlangt, dass die Stimmberechtigten der BRD über eine entsprechende Vorlage des Bundestages darüber verbindlich entscheiden sollten.

In der an uns gerichteten Antwort des Bundeskanzleramtes wird dazu mit keinem Wort Stellung genommen. Stattdessen wird uns das rituelle Geschwätz zum Stichwort »ple-

biszitäre Elemente« und wie es sich damit nach dem Grundgesetz angeblich verhalte, zum x-ten Mal gebetsmühlenartig vorgesetzt. Wenn unsere Ausführungen, wie behauptet wurde, »mit Interesse aufgenommen worden« wären, dann hätte man doch erkennen müssen, dass es darum in unserer Petition mitnichten geht. Hätte der Mensch, der uns geantwortet hat, sich die Mühe gemacht, in das Ihnen zugesandte Dossier unserer Petition auch nur ein wenig aufmerksam hineinzuschauen, dann hätte er dies bemerken müssen. Er hätte dann auch feststellen können, dass uns die vorgestanzten Sätze aus dem Zettelkasten der Amtsbürokratie wohlbekannt sind und wir, was das Grundgesetz betrifft, keinen erstsemestrigen Nachhilfeunterricht für Proseminaristen benötigen, der über das Nachplappern der weitverbreiteten h.M. nicht hinausgekommen ist. Gar nicht zu reden davon, dass sich der entsprechende Mensch ganz gewiss nicht mit jener Dokumentation befasst hat, welche wir unserer Petition beigefügt hatten.

Weil das – trotz dieses Hinweises – vermutlich auch jetzt nicht geschehen wird, wollen wir zumindest ein Beispiel aus einer ersten Petition zum Gegenstand der Ausgestaltung des Abstimmungsrechtes des Volkes aus dem Jahr 1984 beifügen. Auch wenn damals die ministeriellen Stellungnahmen zur Sache, welche vom Petitionsausschuss eingeholt wurden, auch nicht solchen Sachverstand ausstrahlten, dass man hätte sagen können: »chapeau«!, so war doch der Respekt gegenüber der Petentin noch nicht so vom Verfall der demokratischen Sitten gekennzeichnet, wie das inzwischen eingetreten ist. Da weist ein Ministerialbeamter seinen Kollegen explizit darauf hin, er soll sich bei seiner Einlassung anstrengen und die Dinge »gründlich und umfassend behandeln«, denn »die Zuschriften« der damaligen Petitionsgemeinschaft »Aktion ‚Volksentscheid‘« würden »zeigen, dass sich die Verfasser mit der Thematik sehr gründlich befasst« und, wie man im Ministerium meinte, wohl »juristischen Rat in Anspruch genommen haben.«; was zwar nicht nötig war, weil sie selbst sowohl im Hinblick auf die »verfassungsrechtlichen wie verfassungspolitischen Aspekte« ihrer Forderung die nötige fachliche Kompetenz besaßen. Das, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, ist hinsichtlich des aktuellen Vorganges noch weit mehr der Fall.

Der Gegenstand unseres Anliegens, das wir Ihnen aus Ihrem eigenen Gedankengang, in Ihrer Rede zur »Wir-Gesellschaft« durch *rechtslogische, rechtsphilosophische und menschenkundliche* Grundüberlegungen darzulegen versuchten, bedarf keiner positivistischen Wortklaubereien über das, was das Grundgesetz der BRD bisher zur Frage der sog. »plebiszitären Elemente« angeblich so oder so feststellt. In unserer Petition wollen wir dieses Vorgegebene – um Sie nochmal aus Ihrer Regierungserklärung zu zitieren – nicht mehr *verfassungsrechtlich* hin und her diskutieren, sondern »verändern« [s. erstes Viertel Ihrer Regierungserklärung]. Was wir dazu begründet vorschlagen, ist dasjenige aus der Gesamtsituation der gegenwärtigen politischen Problematik, dem wir die höchste Dringlichkeit zumessen müssen. Sie forderten am Schluss Ihrer Regierungserklärung im Hinblick auf den Veränderungsbedarf in Deutschland, dem Sie »dienen wollen«, dazu auf, »nach dem zu suchen, was noch nie so [wie sonst schon] gemacht wurde«. Und Sie verlangen »den Mut«, das Erkannte »dann aber auch wirklich durchzusetzen«.

Mit unserer »Öffentlichen Petition« teilen wir Ihnen und dem ganzen Deutschen Bundestag das mit, was nach unserer Erkenntnis, zu deren Prüfung wir auffordern, das wichtigste Element ist, welches wir bei unserer Suche gefunden haben. Wir erwarten, dass auch Sie, verehrte Frau Merkel, wie alle Abgeordneten, ernsthaft prüfen, was wir vorgelegt haben und wir würden wünschen, Sie auf unserer Seite zu haben, wenn es um den Willen geht, es »durchzusetzen«.

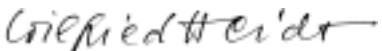
Es verstößt die aufgezeigte Notwendigkeit für die demokratische Legitimation des Rechtsstaates keinesfalls gegen GG Art. 79, 3 – der einzig verfassungsrechtlichen Frage, die relevant ist. Das Grundgesetz kann also zur Verwirklichung der aufgezeigten Notwendigkeit ohne weiteres mit Zweidrittelmehrheit geändert werden. Es handelt sich daher ausschließlich um die Frage, ob man das, was wir darlegen, als notwendig erkennen kann und ob man es politisch will.

III. In der Sache brauchen wir nichts von dem zu wiederholen, was wir Ihnen in unserem Brief vom 27. 11. und den beigefügten Texten dargelegt haben. Da es sich hierbei nicht um Marginales, sondern um die fundamentalste Frage unserer demokratischen Grundordnung handelt, erwarten wir, gleichgültig was der politische Alltag ansonsten mit sich bringt, Ihre Stellungnahme dazu.

Wir arbeiten an diesen Fragen, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, seit mehr als 20 Jahren und waren für die dabei erkannten Ziele in der BRD und in der DDR schon aktiv, als Sie vermutlich noch keine eingehendere Kenntnis der Verfassungsentwicklungen weder der BRD noch der DDR hatten. Zu ersteren möchten wir Sie hinweisen auf die Quellen, die z. T. erstmals von der »Aktion Volksentscheid« 1984 publiziert wurden [s. Die Zeit, Nr. 1/1984: In Lebensfragen der Nation muss das Volk auch selbst entscheiden können]; zu letzteren Ihnen nachdrücklich das mit dem Dossier zur aktuellen Petition beigefügte **»Weimarer Memorandum«** aus dem Jahr 1989 ans Herz legen. Es dokumentiert einen hohen Kenntnisstand dieser Zusammenhänge in einer Zeit, als andere gerade mal anfangen, in der DDR aus einem gewissen apolitischen Tiefschlaf aufzuwachen, um dann, mehr träumend als kritisch wach, den politischen Angeboten aus der BRD einerseits nachzulaufen und andererseits an den alten ideologischen Zöpfen festzuhalten. Dieses Doppelgesicht der sog. Wende ist sich in Wirklichkeit bis auf den heutigen Tag viel ähnlicher, als es bei seinen ideologischen Maskierungen erscheinen mag. Demgegenüber hätte aus dem direkt-demokratischen Souveränitätsansatz des »Weimarer Memorandums« einerseits und der Substanz des GG Art. 20 Abs. 2 die wahre grundlegende demokratiepolitische Erneuerung beider Seiten im Vereinigungsprozess resultieren können. Diese Chance wurde zunächst verspielt.

Obwohl inzwischen schon viele Jahre verloren sind, ist es dafür noch nicht zu spät. Deshalb haben wir jetzt die Initiative ergriffen, das Versäumte nachzuholen. Dazu erwarten wir, verehrte Frau Dr. Merkel, auch Ihre persönliche Stellungnahme. Und vielleicht können Sie Ihren Mitarbeitern im Bundeskanzleramt Anweisung geben, uns in Zukunft mit inkompetentem Bürokratengeplappere zu verschonen. Wir haben uns eingehend mit Ihren Ideen zur »Wir-Gesellschaft« befasst und meinen, erwarten zu dürfen, dass Sie ebenso unvoreingenommen unsere Schlussfolgerungen dazu wahrnehmen und beantworten. Was wäre sonst zu halten von Ihrer oben bereits zitierten Aufforderung, nach dem »zu suchen, was noch nie so gemacht wurde«? Wir haben den Willen, dem Aufruf am Schluss Ihrer ersten Regierungserklärung zu folgen, »das auch wirklich durchzusetzen«. Wir haben den Bundestag aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass festgestellt werden kann, ob dies auch der Wille der Mehrheit der Stimmberechtigten in Deutschland ist. Obwohl Umfragen schon seit Jahren diese Willenstendenz stabil nachweisen, ist das für uns kein Argument, auf das wir unsere Forderung stützen möchten. *Demoskopie ist nicht Demokratie*. Diese Lehre hat ja auch die Wahl vom 18. September allen, die auf Umfragen gebaut hatten, nachdrücklichst erteilt. Wer Deutschland wirklich und auf der Höhe der Zeit dienen will: Was könnte er gegen die Feststellung des demokratischen Gemeinwillens einzuwenden haben?

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen –

Für die Initiative »Wir sind Deutschland«:  [Wilfried Heidt]